

# **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 18.45 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Horst Jahnke  
Ratsherr Richard Janssen  
Ratsherr Karl-Gerhard Pauels  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Johann Südhoff  
Ratsherr Richard Woldmer

für Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
für Beigeordneten Wilhelm Leeker  
  
für Beigeordneten Hans-Dieter Haase  
  
für Ratsherr Ihno Slieter

### **CDU**

Ratsherr Benedikt Rosenboom - Vorsitzender -  
Beigeordneter Heinz Werner Janßen

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Hermann Züchner

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **F.D.P. (Grundmandat)**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

## **von der Verwaltung**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann, Verwaltungsvorstand  
Stadtrat Ewald Fürst, Verwaltungsvorstand  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt, Stabsst. 103  
Stadtangestellter Rainer Berghaus, Stabsst. 103  
Städt. Oberamtsrat Diedrich Ellen, Stabsst. 114  
Städt. Oberamtsrat Heinz Potthast, FB 200  
Stadtamtsrat Dieter Denkmann, FD 211  
Stadtamtmann Egon Philipps, FD 220  
Stadtangestellter Patrick de La Lanne, FB 300  
Stadtamtmann Johann á Tellinghusen, FD 362  
Stadtangestellter Bernd van Ellen, FD 380  
Städt. Oberamtsrat Wolfgang Münch, FB 400  
Stadtamtsrat Gerd Diskus, FB 500  
Städt. Oberamtsrat Walter Saathoff, FB 600  
Bauoberamtsrat Bruntje Bruns, B 877  
Stadtoberinspektor Johann Kruse, Protokollführer

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

### **Als Gäste**

Herr Wiers, Rettungsdienst DRK/Stadt Emden GbR  
Herr Kuhlmann, AAGE GmbH  
Herr Edzards, Stadtwerke Emden GmbH  
Herr Poppenga, Stadtwerke Emden GmbH  
Herr Haak, GEWOBA Emden GmbH  
Frau de Beer, GEWOBA Emden GmbH  
Herr Fecht, Schlachthof Emden GmbH  
Herr Riese, Musikschule Emden e.V.  
Herr Eckard, Volkshochschule Emden e. V.

### **Vertreter der örtlichen Presse: 1**

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Rosenboom** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt 3:** Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.02.2001

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.02.2001 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 4:** Vorlage 13/1744  
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2000

**Herr Ellen** trägt die rechtlichen Grundlagen für die durchzuführende Prüfung der Jahresrechnung und für die Erstellung des Jahresberichts vor.

Er weist dann darauf hin, dass gem. § 100 NGO bzw. § 40 GemHVO u.a. als Anlage zur Jahresrechnung auch eine Vermögensübersicht beizufügen sei, die bei der Vorlage der Jahresrechnung gefehlt habe. Dies sei daher auch unter Punkt VII. auf Seite 86 des Berichts bemängelt worden. Zwischenzeitlich sei dem RPA die Vermögensübersicht vorgelegt und eine Prüfung durchgeführt worden. Der Mangel sei somit behoben.

**Herr Rosenboom** schlägt zum Ablauf vor, den Jahresbericht in der Reihenfolge der Textziffern bzw. der entsprechenden Seiten zu beraten. Der Ausschuss ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

**Herr Dr. Beisser** stellt zu Tz 1. auf Seite 6 fest, dass die dort bemängelte fehlende öffentliche Bekanntmachung und Auslegung der Jahresrechnung sowie eine vorzunehmende Mitteilung an die Aufsichtsbehörde zwar laut der Stellungnahme des FD Finanzen und Abgaben zwischenzeitlich erfolgt sei, allerdings möchte er dazu wissen, wer hierfür die Verantwortlichkeit habe.

**Herr Ellen** führt aus, dass in der Regel der FD Finanzen und Abgaben die Zuständigkeit für diese Aufgabe habe, jedoch infolge der Umstrukturierungen zwischenzeitlich auch die Stabstelle Zentrale Steuerungsunterstützung damit befasst gewesen sei. In dem Haushaltsjahr 2000 habe es also diesbezüglich wechselnde Zuständigkeiten gegeben, so dass im nachhinein die seinerzeitige Verantwortlichkeit nicht eindeutig feststellbar sei.

**Herr Jahnke** geht auf den auf Seite 5 unter Punkt I. ausgeführten Sachverhalt ein, wonach dem RPA erst am 27.4.2001 eine unterzeichnete Jahresrechnung vorgelegt worden sei, obwohl vorgeschrieben sei, die Jahresrechnung innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Haushaltsjahres aufzustellen.

**Herr Ellen** erläutert, dass dem Rechnungsprüfungsamt bereits im Monat März eine nicht unterzeichnete Prüfausfertigung übergeben worden sei, so dass mit einer Prüfung durch das RPA begonnen werden konnte. Im übrigen habe der Jahresabschluss in diesem Jahr außergewöhnlich früh vorgelegen.

**Herr H-W. Janßen** spricht die auf Seite 13 gemachte Feststellung des RPA an, wonach die inneren Verrechnungen in ihren Einnahmen und Ausgaben nicht ausgeglichen waren und möchte wissen woran das liege.

**Herr Ellen** erklärt, im Rahmen der Umstrukturierungen seien auch Veränderungen bei der Abwicklung von inneren Verrechnungen vorgenommen worden. So hätten die Dienststellen aufgrund nunmehr zu schließender Kontrakte ihre erbrachten Leistungen gegenseitig in Rechnung zu stellen. Anfängliche Umstellungsschwierigkeiten hätten wohl dazu geführt, dass hier die Ausgaben auf den dafür eingerichteten Untergruppen 679. gebucht, die entsprechenden Einnahmen jedoch nicht auf den korrespondierenden Untergruppen 169., sondern auf anderen Haushaltsstellen erfasst worden seien.

**Herr Dr. Beisser** spricht die auf Seite 17 getroffene Feststellung der Personalkostenerhöhung bei den Angestellten an. Er möchte wissen, welche weiteren Ursachen, neben der tariflichen Erhöhung von 2 % und der Einmalzahlung von 400 DM, zu der beachtlichen Steigerung von 6,1 geführt hätten.

**Herr Denkmann** erläutert, neben den tariflichen Ansprüchen hätten weitere ebenfalls nicht beeinflussbare Faktoren, wie z.B. vorzunehmende Nachversicherungen infolge eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts und tariflich begründete Höhergruppierungsansprüche, aber auch die volle Kostenauswirkung im Jahr 2000 infolge von Einstellungen im Laufe des Jahres 1999 diese Steigerung bewirkt. Zu den vorgenommenen Einstellungen sei anzumerken, dass diese auch vielfach aufgrund politischer Entscheidungen vorzunehmen gewesen seien und nennt beispielhaft die Bereiche Wirtschaftsförderung, Zentrale Steuerungsunterstützung, GründerInnenzentrum, Streetworker und Stadtmarketing.

**Herr Züchner** fragt, wie es zu den auf Seite 15 ausgewiesenen Kasseneinnahmeresten in Höhe von ca. 20 Mio. DM habe kommen können.

**Herr Ellen** führt dazu aus, aufgrund der in der Haushalts- und Kassenrechnung ausgewiesenen Summe der Kasseneinnahmereste habe das RPA im 1. Quartal d. J. eine umfangreiche Prüfung dieser Reste im FD Stadtkasse durchgeführt. Dabei seien Bearbeitungsmängel deutlich geworden. Bei der Bewertung der Gesamtsumme sei zu sehen, dass ein Betrag von rund 9 Mio. DM auf den Einzelplan 9 (Finanzhaushalt) entfiel und davon wiederum rd. 7 Mio. DM auf Gewerbesteuer und rd. 1 Mio. DM auf Nachzahlungszinsen für Gewerbesteuer. Von den dann verbleibenden 11 Mio. DM sei ein Betrag von rd. 5 Mio. DM im Einzelplan 4 (Sozialhaushalt) angefallen. Hier sei, auch unter Berücksichtigung von vorliegenden Bearbeitungsmängeln, die Realisierung von Forderungen aus nachvollziehbaren z.T. schwierig. (Zu der Angelegenheit wird auch auf die Ausführungen auf Seite 34 des Berichts des RPA verwiesen.)

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

Zu der Frage, ob das im Jahre 2000 nicht erreichte Ziel, die Personalkosten zurückzufahren (Zielvorgabe d.Bez.Reg.; s.S. 20), im Jahre 2001 erreicht werde, stellt **Herr Fürst** deutlich fest, dass dies bei gleichbleibendem Personalbestand, also ohne Entlassungen vorzunehmen, nicht zu erreichen sei. Allein die linearen Gehalts- und Löhnerhöhungen würden jährliche Personalkostensteigerungen bewirken. Die Stadt Emden beschäftige derzeit ca. 800 Mitarbeiter und mit weniger Personal sei nicht auszukommen.

**Herr Brinkmann** führt ergänzend dazu aus, die Zielabweichung werde infolge der Umsetzung von Beschlüssen des laufenden und vergangener Jahre noch gravierender sein. Er erinnere daran, dass die Verwaltung zudem gedrängt werde, Dinge schneller umzusetzen. Es sei festzustellen, dass sich die Personalkosten konsequent auf 70 Mio. DM zu bewegen. Es würden daher auch bereits intern hinsichtlich des Personalbedarfs Umsetzungskonzepte geprüft. Andererseits müsse man aber auch die Personalproblematik z.B. im Kindergartenbereich und bei den Reinigungskräften sehen, als auch vorliegende Programme, wie z.B. die Neugestaltung des Binnenhafens, den Industriepark Frisia und das Ausbauprogramm von Straßen. Es verstehe sich angesichts dieser Voraussetzungen von selbst, dass das vorgegebene Ziel der Personalkostenreduzierung nicht zu erreichen sei.

Auf die Frage von **Herrn Jahnke** zu dem Stand der Verhandlungen bzgl. der Erstattungssumme durch das Hans-Susemihl-Krankenhaus (S. 26) für die Bezügeabrechnungen teilt **Herr Denkmann** mit, dass zwischenzeitlich mit dem HSK eine Erhöhung des Betrages von 165.000 DM auf 200.000 DM vereinbart worden sei.

Durch die Kosten- und Leistungsrechnung seien zwar für diese Serviceleistung Kosten in Höhe von ca. 230.000 DM ermittelt worden, allerdings habe man in diesem Bereich zwischenzeitlich eine Kraft einsparen können. Auf die Frage von **Herrn H-W. Janßen** bestätigt **Herr Denkmann**, dass es sich hierbei nicht um innere Verrechnungen sondern um "echtes Geld" handle.

**Herr Brinkmann** erläutert angesichts der Differenz zwischen den betriebswirtschaftlich ermittelten Kosten und der vereinbarten Erstattungssumme, man habe sich bei den Verhandlungen in der Mitte getroffen und die Verwaltung müsse nun sehen, durch eigene Einsparungen klarzukommen.

**Herr Dr. Beisser** ist erstaunt darüber, dass, wie auf Seite 27 ausgeführt, Personalkosten für Vorruehändler bei dem Unterabschnitt für Aus- und Fortbildung gebucht worden seien.

**Herr Mansholt** erläutert die Entwicklung des Sachverhalts vor dem Hintergrund der Umstrukturierungen und erklärt, man habe dadurch zunächst vermeiden wollen, dass diese Kosten den vormals zuständigen Fachdiensten zugerechnet würden. Es sei jedoch nun vorgesehen, für die anfallenden Kosten der Ruheständler einen eigenen Unterabschnitt zu bilden.

**Herr Jahnke** kann nicht verstehen und bittet um Erläuterung, warum es bisher nicht möglich gewesen sei, im FD Standesamt neben den anfallenden Kosten auch eine Zuordnung der Erlöse zu den einzelnen Kostenstellen vorzunehmen (S. 36, Tz 6).

**Herr Mansholt** erklärt, dass alle anfallenden Gebühren im FD Standesamt bisher nur auf einer Einnahmehaushaltsstelle zu verbuchen gewesen seien. Bereits für das Haushaltsjahr 2001 allerdings werde man die Einnahmen den entsprechenden Kostenstellen zuordnen können.

**Herr Bruns** beantwortet die Frage von **Herrn Dr. Beisser**, wie der auf Seite 34 ausgewiesene Stundensatz für anfallenden Aufwand für die Bauunterhaltung ermittelt worden sei.

**Herr Dr. Beisser** merkt zur Tz 7 auf Seite 39 an, dass man bei der Verkehrsüberwachung nicht die Einnahmen und den Aufwand in den Vordergrund stellen dürfe und danach bewerte, ob eine Überwachung sinnvoll sei, sondern den erzieherischen Wert der Maßnahme sehen sollte.

**Herr Brinkmann** ist ebenfalls dieser Auffassung.

**Herr Jahnke** spricht die Ausführungen auf Seite 67 an. Bei den Ergebnissen der stadt eigenen Kindergärten sei festzustellen, dass die Personalkostenzuschüsse des Landes für 2000 nicht mehr im einzelnen bei den Unterabschnitten der Kindergärten ausgewiesen werden. Er

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

fragt, ob er es richtig einschätze, dass es nun nicht mehr möglich sei, die Finanzausweisungen des Landes verursachungsgerecht zuzuordnen.

**Herr Saathoff** antwortet, dass bis zum Jahr 1999 25 % der Personalkosten als direkte Kindergartenerforderungen vom Land geleistet worden seien, jetzt aber diese Förderung im Rahmen der allgemeinen Finanzausweisung erfolge.

**Herr Brinkmann** zeigt die mit diesem neuen Verfahren verbundenen Schwierigkeiten auf und bestätigt, dass man nunmehr keine Förderungsanteile mehr zuordnen nicht könne.

**Herr Mansholt** merkt an, dies sei ein grundsätzliches Problem des Finanzausgleichs. Haushaltsrechtliche Vorschriften zwingen die Verwaltung, alle Zuweisungen im Einzelplan 9 zu vereinnahmen und es sei nicht möglich, einzelnen Bereichen anteilige Beträge zuzuordnen.

**Herr Jahnke** weist darauf hin, dass es ja gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse von Mummert & Partner wichtig sei, zu wissen, wo wie hohe Defizite angefallen seien.

**Herr Jahnke** möchte den Grund für die auf Seite 72 aufgezeigte große Differenz der Betriebskosten für das Hauptklärwerk von ca. 1,1 Mio. im Jahr 2000 zu ca. 392 TDM für 1999 wissen.

**Herr Mansholt** erklärt, es handele sich hierbei um Ergebnisse der Jahresrechnung mit Sollabschlüssen und nicht um Ergebnisse der Kostenrechnung. Im Herbst 2000 sei für diesen Bereich vom Rat eine überplanmäßige Ausgabe von ca. 2,4 Mio. DM bewilligt worden, die auf die Positionen "Unterhaltung der Kanäle" mit 1,7 Mio. DM sowie "Betriebskosten Hauptklärwerk" mit 0,8 Mio. DM verteilt worden sei.

**Herr Züchner** ist der Auffassung, der FD Wirtschaftsförderung sei trotz umfangreicher Stellungnahmen zu den auf den Seiten 76 - 78 des Berichts dargestellten Projekten nicht auf die zur Projektabwicklung genannten Einzelheiten eingegangen.

Auch nach Erläuterungen von **Herr de La Lanne** ist **Herr Züchner** der Meinung, die Frage zu den Einzelheiten der Mittelverwendung der Projekte sei damit nicht beantwortet.

**Herr Brinkmann** sagt **Herrn Züchner** zu, vom Fachdienst Wirtschaftsförderung würden Stellungnahmen zu den vom RPA angesprochenen Projekten nachgereicht.

**Herr Jahnke** spricht die Ausführungen auf Seite 84 zu den nicht abgeschlossenen Maßnahmen des Vermögenshaushalts und den übertragenen Ausgaberesultat in Höhe von 73 Mio. DM an. In der Stellungnahme der Zentralen Steuerungsunterstützung seien davon nur ca. 31 Mio. erklärt worden, nicht aber die weiteren übertragenen über 30 Mio. DM. Er frage daher, ob das RPA diese Sache weiterverfolge bzw. wie der derzeitige Stand sei.

**Herr Ellen** bestätigt, dass das RPA die Angelegenheit weiterverfolge, was ohnehin von Jahr zu Jahr geschehe. Er ergänzt, er halte es durchaus für sinnvoll, größere Einzelmaßnahmen aus der Übersicht über die übertragenen Haushaltsmittel herauszunehmen und im Rahmen einer Schwerpunktprüfung die Abwicklung zu prüfen. Herr Ellen sagt zu, diese Prüfung vornehmen zu lassen.

**Herr Bruns** ergänzt, diese Entwicklung sei, neben der Umstellung des BEE, auch darauf zurückzuführen, dass es im Haushalt in diesem Bereich einige Ansätze gäbe, mit denen man im Moment nichts bewirken könne. Er erläutert beispielhaft die Maßnahme D-140 (Uphuser Straße) wo es u.a. an einem rechtskräftigen Bebauungsplan fehle und die im Rahmen der Gegenfinanzierung vorgesehene Veräußerung von Grundstücken noch nicht vorgenommen werden könne.

Weitere Beispiele seien die veranschlagten Ausgaben bei den Vorhaben Kreisel VW-Werk und Nordkai, bei denen die Einnahmen aus EU-Mitteln und Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) noch nicht verfügbar seien. Der BEE sei ansonsten bemüht, soweit Maßnahmen mit dem vorhandenen Personal nicht zügig abgearbeitet werden könnten, diese an die freie Wirtschaft zu vergeben.

**Herr Fürst** greift diese Aussage auf und erläutert, im Bereich des BEE gebe es auch ein Personalproblem. Das bedeute, ohne Personalverstärkung könne der BEE nicht alle Maßnahmen abwickeln. Man wolle ja aber auch den Personalhaushalt im Griff behalten und gehe daher verstärkt dazu über, mit Firmen Werkverträge zu schließen und versuche, auf die

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

sem Wege sogenannte Bauüberhänge abzu bauen. Derzeit stünden dem BEE daraus resultierend 3 Mitarbeiter dieser Firmen zur Verfügung.

**Herr Züchner** merkt an, die Verwaltung müsse dann aber auch darum bemüht sein, den Zeitraum bis zu der Feststellung, Maßnahmen selber nicht mehr leisten zu können, möglichst kurz zu halten.

**Herr Brinkmann** räumt ein, dass die Verwaltung in solchen Dingen nicht fehlerfrei sei. Man müsse aber auch das Spannungsfeld sehen, in dem man sich befinde. Einerseits wolle man mit eigenem Personal so viele Maßnahmen und so qualifiziert wie möglich erledigen und andererseits sollen Aufträge nach draußen vergeben werden. Er dränge zwar darauf, erforderlichenfalls Aufträge an die Wirtschaft zu vergeben, allerdings sei dies auch ein neuer Weg, der sich erst mal in den Köpfen breit machen müsse. In diesem Zusammenhang sei dem BEE, Herrn Bruns, ein Kompliment zu machen, denn die Mitarbeiter des Betriebes seien sehr darum bemüht, diesen neuen Weg der Auftragsvergabe zu beschreiten. Schon jetzt sei im übrigen die Stadt Emden für die örtliche Bauwirtschaft der größte Investor.

**Herr Jahnke** weist unter Bezugnahme auf die Ausführungen auf Seite 76 auf seiner Einschätzung nach z.T. falsch gesetzte Prioritäten hin. Er halte es für genauso wichtig, dass eigenes Personal vorhanden sei.

**Herr Rosenboom** lässt über die Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2000 abstimmen.

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:  
Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000 und die Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2000.

Punkt 5: Vorlage 13/1747  
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2000 des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR

**Herr Ellen** weist auf das Prüfungsergebnis im vorliegenden Bericht des RPA hin, wonach es keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben habe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt 6: Vorlage 13/1748  
Entlastung der Geschäftsführung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR für das Geschäftsjahr 2000

**Herr Rosenboom** bittet den Geschäftsführer der DRK/Stadt Emden um kurze Erläuterung des Geschäftsjahres 2000.

**Herr Wiers** weist auf die Seite 4 des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes hin, der dort wieder die erfreuliche Feststellung enthalte, die Finanzlage des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR im Jahre 2000 sei geordnet. Ebenfalls freue es ihn mitteilen zu können, dass der Rettungsdienst zwischenzeitlich gänzlich durch Eigenkapital finanziert sei. Für das Geschäftsjahr 2000 könne er feststellen und das sei auch aus dem vorliegenden Geschäftsberichts ersichtlich, dass das Jahr 2000 erfolgreich verlaufen sei. Für die Zukunft sei davon auszugehen, dass die Anzahl der eingesetzten Zivildienstleistenden, derzeit ca. 20, zurückgehen werde, mit der Folge, sukzessive neue hauptamtliche Stellen schaffen zu müssen.

**Herr Woldmer** möchte wissen, wie sich die große Differenz bei den Sachkosten (Seite 11 des RPA-Berichts) erkläre.

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

Herr Wiers erläutert, der Rettungsdienst habe aus dem laufenden Betrieb einen Überschuss von 122.029 DM erwirtschaftet, der an die Stadt Emden abzuführen sei. Die Aufstellung "Sachkosten" beinhalte diesen abzuführenden Betrag für 2000 als "Sonstige Kosten".

**Herr Rosenboom** bedankt sich bei Herrn Wiers für die Erläuterungen und lässt über den TOP 6 abstimmen.

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:  
Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2000 anzunehmen,
2. den Gewinn in Höhe von 27.863,54 DM dem Eigenkapital zuzuführen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2000 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Herr Wiers verlässt die Sitzung (17.45 Uhr).

Punkt 7: Vorlage 13/1721  
Entlastung der Geschäftsführung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden -AAGE- für das Geschäftsjahr 2000

**Herr Ellen** zitiert aus dem vorliegenden Prüfungsbericht des RPA das Prüfungsergebnis und stellt fest, die Prüfung der AAGE habe keine Beanstandungen ergeben.

**Herr Fürst**, Geschäftsführer der AAGE, verweist hinsichtlich des zahlenmäßigen Geschäftsverlaufs auf den Bericht des RPA mit dem als Anlage beigefügten Geschäftsbericht der AAGE.

Er erläutert, dass man angesichts des Ziels der Gesellschaft natürlich keine Gewinne erwarten dürfe. Nach einer quasi vorläufigen Stilllegung des Betriebs habe man im Laufe des Jahres 2000 die Aktivitäten der AAGE wieder verstärken können.

Man müsse sich aber darüber im klaren sein, dass mit steigenden Aktivitäten der AAGE auch der Geschäftsverlust im nächsten Jahr wieder größer werde.

**Herr Rosenboom** bedankt sich bei Herrn Fürst für die Ausführungen und lässt über TOP 7 abstimmen.

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:  
Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der AAGE - der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, - werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2000 anzunehmen

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

2. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2000 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Herr Kuhlmann, AAGE, verlässt die Sitzung (17.55 Uhr).

Punkt 8: Vorlage 13/1722  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2000

**Herr Rosenboom** bittet den Geschäftsführer der Stadtwerke Emden, Herr Edzards, um kurze Erläuterung des vorliegenden Geschäftsberichts 2000.

**Herr Edzards** stellt fest, das Geschäftsjahr 2000 sei insgesamt gesehen sehr erfreulich verlaufen. Er erörtert dann sehr detailliert das Zustandekommen der im Geschäftsbericht ausgewiesenen Jahresabschlusszahlen in den Bereichen Strom, Gas, Wasser, Personennahverkehr sowie im Wärmegeschäft. Insgesamt habe die Stadtwerke Emden einen Jahresüberschuss von 1.086.219,14 DM erwirtschaftet, den man an den Betrieb "Bäder" der Stadt Emden ausschütten könne.

Herr Edzards ist erfreut darüber, dass zwischenzeitlich aufgrund eines Beschlusses des Rates das Eigenkapital der Stadtwerke einmal direkt um 2,5 Mio. DM erhöht worden sei und zudem weitere 2,5 Mio. DM aus der Kapitalrücklage in Eigenkapital umgewandelt werden konnten, da die Stadt Emden nach und nach darauf verzichtet hätte. Hierfür bedanke sich die Stadtwerke Emden GmbH. Herr Edzards geht dann im einzelnen auf die auch im Geschäftsbericht sehr ausführlich dargestellten Entwicklungen und deren Hintergründe aller Geschäftsbereiche ein. Abschließend stellt Herr Edzards fest, das Jahresergebnis zeige, dass die Kunden mit dem Service und den Preisen der Stadtwerke Emden zufrieden seien. Im Ausblick geht Herr Edzards davon aus, dass die nächsten 5 Jahre in Anbetracht steigender Bezugspreise nicht weiterhin so positiv verlaufen werden. Wegen des Wettbewerbedrucks könne man Preiserhöhungen nicht sofort an die Kunden weitergeben. Für sehr viel Unruhe bei allen Netzbetreibern sorgten zudem derzeit die großen Unterschiede bei den Nutzungsentgelten für die Durchleitung von Strom fremder Versorger. Es gebe allerdings Bestrebungen, sich auf ein einheitliches Niveau zu einigen. Abschließend stellt Herr Edzards fest, dass zwar mehr Druck auf die Stadtwerke zukäme, jedoch die Stadtwerke Emden GmbH für die Zukunft gewappnet sei.

**Herr Edzards** erklärt auf die Frage von **Herrn Züchner** zu den auf Seite 11 des Berichts ausgewiesenen Steuerbeträgen die steuerlichen Wirkungen hinsichtlich der gebildeten Rückstellungen bzw. des durchgeführten Aufwandes für unterlassene Instandhaltung.

Auf die weitere Frage von **Herrn Züchner** nach der Höhe des Verlustes der Flugplatz Emden GmbH teilt Herr Edzards mit, dass der Verlust im Jahr 2000 753 TDM betragen habe.

**Herr Dr. Beisser** fragt nach dem Hintergrund der Verschlechterung des Überschusses im Gasgeschäft.

**Herr Edzards** erläutert ausführlich den Zusammenhang von Gas- und Ölpreisen und erklärt, dass infolge steigender Ölpreise auch die Gaspreise steigen. Der Markt allerdings habe es nicht zugelassen, diese Steigerungen in gleichem Maße wie die Einkaufspreise gestiegen seien, an die Kunden weiterzugeben.

**Herr Rosenboom** bedankt sich bei Herrn Edzards für die ausführlichen Erläuterungen und bittet um Abstimmung über den Punkt 8 der Tagesordnung.



## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:  
Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2000 anzunehmen,
2. den Jahresüberschuss in Höhe von 1.086.219,14 DM an den Betrieb gewerblicher Art "Bäder" der Stadt Emden auszuschütten,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2000 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Herr Brinkmann, Herr Jahnke und Herr H.-W. Janßen haben weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt.

Herr Edzards verlässt die Sitzung (18.15 Uhr).

Punkt 9: Vorlage 13/1738  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, für das Geschäftsjahr 2000

**Herr Rosenboom** bittet den Geschäftsführer der GEWOBA, Herrn Haak, um kurze Erläuterung des Geschäftsberichts 2000.

**Herr Haak** verweist auf den vorliegenden sehr ausführlichen Geschäftsbericht der GEWOBA. Die GEWOBA habe im Jahr 2000 einen Bilanzgewinn von 113.598,95 DM erwirtschaften können. Die Verbesserung des Ergebnisses sei im wesentlichen auf um 337 TDM niedrigere Instandhaltungskosten zurückzuführen. Aus dem Wohnungsbestand seien einzelne Wohnungen nur vorübergehend auf Grund von Modernisierungen nicht vermietet gewesen. Die durchschnittliche Miete sei auf Grund von weiterhin vorgenommenen Wertverbesserungen erhöht worden. Im Jahr 2000 habe die monatliche Sollmiete pro Quadratmeter Wohnfläche 6,96 DM betragen, im Vorjahr 6,73 DM. Der Wohnungsmarkt sei allerdings gesättigt und ließe keinen großen Raum für Mietanhebungen. Auf die Frage von **Herrn Dr. Beisser** erklärt **Herr Haak** zu den Rückstellungen, dass die Bilanzierung dieser Beträge den Zeitraum von 1998 bis 2001 umfasse.

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:  
Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2000 anzunehmen,
2. den ausgewiesenen Bilanzgewinn 2000 von 113.598,95 DM den freien Rücklagen zuzuführen,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2000 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

Herr Brinkmann und Frau Pohlmann haben weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilgenommen.

Herr Haak und Frau de Beer (GEWOBA) verlassen die Sitzung (18.20 Uhr).

Punkt 10: Vorlage 13/1745  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2000

**Herr Ellen** verweist auf den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Geschäftsjahres 2000 des Schlachthofes Emden GmbH und zitiert das Prüfungsergebnis. Die Prüfung habe keine Beanstandungen ergeben.

**Herr Rosenboom** bittet Herrn Fecht, Geschäftsführer der Schlachthof GmbH, um kurze Erläuterung des Geschäftsjahres 2000.

**Herr Fecht** weist darauf hin, dass alle Daten zum Geschäftsverlauf des Schlachthofes im Jahr 2000 aus dem vorliegenden Bericht des RPA und aus dem ebenfalls vorliegenden, von ihm erstellten Geschäftsbericht zu entnehmen seien.  
Im Ergebnis sei kein Jahresfehlbetrag ausgewiesen, da der Verlust durch einen Zuschuss des Gesellschafters Stadt Emden gedeckt worden sei. Der Verlust des Schlachthofes entstünde zum größten Teil durch Zinszahlungen und Abschreibungen

**Herr Rosenboom** bedankt sich bei Herrn Fecht und lässt über den TOP 10 abstimmen.

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:  
Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2000 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2000 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Herr Brinkmann, Herr Pauels und Frau Pohlmann haben weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilgenommen.

Herr Fecht verlässt die Sitzung (18.25 Uhr).

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

Punkt 11: Vorlage 13/1729  
Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Emden

**Herr Rosenboom** bittet den Leiter des RPA, Herrn Ellen, zu diesem Tagesordnungspunkt vorzutragen.

**Herr Ellen** erklärt, dass es aufgrund von Änderungen in der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) notwendig geworden sei, auch die entsprechenden Regelungen in der städtischen Rechnungsprüfungsordnung zu aktualisieren. Außerdem habe man infolge der jetzt gegebenen Eingleisigkeit und der Einführung des neuen Steuerungsmodells zugleich redaktionelle Änderungen vorgenommen und die nunmehr geltenden Funktions- und Organisationsbezeichnungen eingearbeitet. Herr Ellen erläutert die Änderungen im einzelnen.

**Herr Rosenboom** dankt Herrn Ellen für die Erläuterungen und bittet um Abstimmung zum Punkt 11 der Tagesordnung.

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:  
Die der Vorlage 13/1729 als Anlage 1 beigefügte Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 12: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/1703  
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2000 der Musikschule Emden e. V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

**Herr Rosenboom** erteilt dem Leiter der Musikschule, Herrn Riese, das Wort.

**Herr Riese** verweist auf den vorliegenden Bericht und stellt fest, dass das Jahr 2000 kein herausragendes Geschäftsjahr gewesen sei.

Lediglich die Einnahmen aus Gebühren seien stabil geblieben bzw. wären sogar leicht gestiegen. Zu den ausgewiesenen Schülerzahlen sei darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um Stichtagszahlen handele, was zähle, wären allein die Einnahmen, die im übrigen trotz zeitweiligen Personalausfalls gestiegen seien. Herr Riese erläutert dann, dass die im Jahresvergleich ausgewiesenen Abweichungen bei den Sach- und Verwaltungskosten auf Rechnungsabgrenzungen zurückzuführen seien und geht auf die Hintergründe der gestiegenen Personalkosten für freie Mitarbeiter ein. Er könne feststellen, dass die Musikschule erstmals nach 4 Jahren wieder ein Haushaltsjahr ohne ein strukturelles Defizit abgeschlossen habe. Unter Bezug auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters zu steigenden Personalkosten stellt Herr Riese fest, dass, wie in der Verwaltung, auch bei der Musikschule die Personalkosten steigen würden und, wenn auch behutsam, sicherlich der Zuschuss im Rahmen der Personalkostenerhöhung gesteigert werden müsse. Zum Abschluss seiner Ausführungen weist Herr Riese darauf hin, dass die Musikschule aber auch Musik in die Stadt bringe und einen beachtlichen kulturellen Beitrag leiste. Die Musikschule habe im Jahr 2000 ca. 100 Veranstaltungen durchgeführt und dabei ungefähr 20000 Besucher erreicht.

**Herr Jahnke** geht auf die ausgewiesene Schülerzahl zum 1.1. des Jahres 2001 ein und stellt fest, dass die Musikschule trotz zentraler Lage immer weniger Schüler habe. Das sei alarmierend und bedeute bei ca. 500 Schülern und einem Zuschussbetrag von ca. 500 000 DM 1000 DM Zuschuss pro Schüler. Er bezweifele, dass die Musikschule genug tue, um

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

diesem Trend entgegenzuwirken und fragt daher Herrn Riese, was gegen die sinkende Schülerzahl getan werde.

**Herr Riese** ist der Auffassung, Herr Jahnke beschreibe eine Tendenz, die keine sei. Die Schülerzahl sei eine Stichtagszahl, die am nächsten Tag schon eine andere sein könne. Derzeit verfüge die Musikschule über 572 Schüler, die Schülerzahl habe sich stabilisiert und die Auslastung der Einrichtung sei gut. Er führt weiter aus, eine größere Zahl von Schülern würde auch bedeuten, erheblich mehr Personal haben zu müssen und dies bedinge wiederum steigende Personalkosten. Er weist dann darauf hin, dass der Zuschuss der Stadt Emden in der Reihenfolge Miete, Lohnnebenkosten und Lohnkosten verwendet werde, schließlich handele es sich bei den Gehältern der Musikschulkräfte auch um Ansprüche nach dem Bundesangestelltentarifvertrag.

**Herr Züchner** möchte wissen, in welcher Höhe Reinigungskosten für die Musikschule angefallen seien.

**Herr Riese** beziffert die Reinigungskosten mit ca. 12.000 DM und weist darauf hin, dass die Position Verwaltungskosten diesen Betrag beinhalte.

**Herr Jahnke** führt aus, die Musikschule sei ja in den Ferien geschlossen, die Kursgebühr jedoch sei weiterhin zu zahlen, obwohl keine Leistung von der Musikschule erbracht werde. Er frage, ob die Musikschulkräfte diese unterrichtslose Zeit ausgleichen und ob die Musikschule diese Zeit z.B. für besondere Angebote nutze.

**Herr Riese** versichert, dass die Musikschule in den Ferien eine Menge tue. Es würden u. a. neue attraktive Kurse angeboten und beispielsweise sei die Musikschule auch bei der Ferienpassaktion aktiv.

**Herr Jahnke** möchte von der Musikschule konkrete Informationen, wie die Schule die Zeiten in den Ferien nutzt und bittet das Rechnungsprüfungsamt sich um die diesbezügliche Berichterstattung zu bemühen.

**Herr Ellen** sichert zu, so bald es möglich ist, dieser Frage nachzugehen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

2. Vorlage 13/1704  
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2000 der Volkshochschule Emden e. V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

**Herr Rosenboom** erteilt Herrn Eckard das Wort.

**Herr Eckard** verweist hinsichtlich der Details der Jahresrechnung 2000 auf den vorliegenden Bericht des RPA. Insgesamt könne er feststellen, das Jahr 2000 sei in der Geschichte der VHS eigentlich das erfolgreichste gewesen. Er habe das Wort "eigentlich" deshalb benutzen müssen, weil die Landesmittel rückwirkend für das Jahr 2000 um 183 000 TDM gekürzt worden seien und die VHS erst im Oktober davon Kenntnis erhalten habe.

**Herr Züchner** möchte wissen, ob es sich bei den im Bericht auf Seite 2 ausgewiesenen Reinigungskosten um zusätzliche Kosten für die VHS handele oder ob es sozusagen ein verdeckter Zuschuss für die VHS sei.

**Herr Eckard** führt aus, der Haushaltsplan der Stadt Emden weise für die VHS zwei Beträge aus, den Zuschuss sowie einen Betrag für das Gebäude. Der Betrag für das Gebäude setze sich außer dem Anteil für die VHS weiterhin zusammen aus Anteilen für die BBS II, der AAGE und den Hausmeisterkosten, die auch wiederum auf die verschiedenen Nutznießer aufzuteilen seien.

**Herr Züchner** merkt an, dass es dennoch möglich sein müsse, den Anteil der VHS an den Reinigungskosten zu ermitteln.

**Herr Brinkmann** und **Herr Ellen** sagen Beantwortung über das Protokoll zu.

**Herr Rosenboom** bedankt sich bei Herrn Eckard für die Ausführungen.

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.10.2001**

---

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Anmerkung der Protokollführung zu TOP 12 (VHS):

Der Regiebetrieb Gebäudereinigung der Stadt Emden teilte dem Rechnungsprüfungsamt mit:

"Die Kosten der Reinigung des von der VHS benutzten Gebäudes betragen im Jahre 2000 = 255.830 DM.

Für die Inanspruchnahme der Räumlichkeiten des VHS-Gebäudes sind anhand der zu reinigenden Grundfläche (ca. 6700 qm) die Reinigungskosten wie folgt aufzuschlüsseln:

	Grundfläche qm	Reinigungskosten DM
Volkshochschule Emden e.V.	ca. 6.200	ca. 237.000
Stadtbücherei	ca. 300	ca. 11.600
Radio Ostfriesland	ca. 100	ca. 3.700
Berufsbildende Schulen	ca. 100	ca. 3.700."

Punkt 13: Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.45 Uhr.